

## dfi analyse

**Reformpolitik in Frankreich:  
Sarkozys Bewährungsprobe**

– Seite 1

## dfi information

**„Erbfeinde – Erbfreunde“:  
Ausstellung des dfi in Fellbach  
eröffnet – Seite 4**

**Französische Nachwuchsjournalisten  
in Berlin – Seite 5**

**Französische Journalisten  
ziehen Bilanz: Zwei Jahre große  
Koalition in Deutschland**

– Seite 7

## dfi service

**Buchbesprechung: Quellen- und  
Arbeitsbuch zur saarländischen  
Landesgeschichte – Seite 8**

## Reformpolitik in Frankreich: Sarkozys Bewährungsprobe

**dfi analyse** Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai-Juni und der Regierungsbildung, die durch ihre weitgehende Öffnung für Persönlichkeiten der Linken und der Zivilgesellschaft Aufmerksamkeit erregte, steht der Herbst nun im Zeichen einer umfangreichen Reformoffensive in Frankreich. Nicolas Sarkozy hat auf breiter Front zahlreiche Baustellen der Erneuerung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eröffnet: Sie betreffen die Justiz- wie die Steuer- und Abgabenpolitik, Reformen des Arbeitsmarkts und des Sozialstaats, das Bildungssystem und die Umwelt, die sozialen Beziehungen, die Staats- und Verwaltungsreform bis hin zur Verfassungs- und Institutionenreform.

Startet Frankreich den Reformmotor in einem Moment durch, in dem dieser in Deutschland zunehmend ins Stottern gerät? Es handelt sich

eher um eine Ungleichzeitigkeit der Reformzyklen. In Deutschland hat die 2003 von Gerhard Schröder in Gang gesetzte und von der Großen Koalition fortgeführte „Agenda 2010“-Politik positive Ergebnisse hervorgebracht, die sich in der gegenwärtigen Wirtschaftsdynamik und einer drastisch gesunkenen Arbeitslosigkeit äußern. Aber gerade diese Erfolge haben auch den Blick für bestehende Gerechtigkeitslücken geschärft, die die gegenwärtige Debatte beherrschen. Nicht nur aus wahltaktischen Gründen muss die Politik eine Antwort auf diese Fragen finden, um die Akzeptanz der Reformpolitik zu stärken. Diese neue Nachdenklichkeit findet sich auch in der „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten vom 1. Oktober wieder.

Ganz anders ist die Ausgangslage in Frankreich. Hier herrschte in den vergangenen Jahren der Eindruck vor, die Politik habe

nicht die Kraft zur Erneuerung. Die positiven Reformansätze des Premierministers Jean-Pierre Raffarin (vor allem in der Renten- und der Dezentralisierungspolitik) 2002/03 versandeten schnell angesichts wachsender Widerstände; nach dem deutlichen „Nein“ der Franzosen zum Verfassungsvertrag im Mai 2005 agierte Präsident Chirac zunehmend mut- und glücklos. Eine breite Debatte um notwendige Erneuerungen in Wirtschaft und Gesellschaft thematisierte die zahlreichen Defizite und den Handlungsbedarf, aber auch die Reformblockaden.

Der Präsidentschaftswahlkampf dieses Jahres stand denn auch im Zeichen der Erneuerung und der Reformen. Er wurde von Nicolas Sarkozy unter anderem deshalb gewonnen, weil er klarere Vorstellungen von den notwendigen Veränderungen hatte. Insofern kann man durchaus von einer Reformagenda à la française sprechen. Dabei fallen allerdings deutliche Unterschiede zur deutschen Reformpolitik ins Auge. Die Agenda 2010 war eine Art innenpolitischer Befreiungsschlag eines Bundeskanzlers, der im Frühjahr 2003 angesichts einer verschlechterten Wirtschaftslage und sinkender Zustimmung der Wähler mit dem Rücken zur Wand zu stehen schien. Insofern war sie nicht wirklich vorbereitet und schon gar nicht im Wahlkampf 2002 thematisiert worden.

### Reformagenda von langer Hand vorbereitet

Dagegen ist Sarkozys Reformagenda von langer Hand vorbereitet worden. Fast alle der jetzt in Gang gesetzten Reformen sind von ihm in den Monaten vor der Wahl detailliert thematisiert worden. Seine Politik ist gewissermaßen von den Wählern legitimiert: Sie wussten, für welche Politik der Kandidat Sarkozy stand. Insofern kann auch derjenige, der seine Reformen bekämpft, dem Präsidenten seine Glaubwürdigkeit nicht absprechen.

Ein zweiter Unterschied liegt in der Methode Sarkozys, auf breiter Front in raschem Tempo zahlreiche Reformbaustellen gleichzeitig zu eröffnen und relativ enge Fristen für die Verwirklichung der angestrebten Veränderungen

Fortsetzung Seite 2



Nach einigem Zögern mobilisieren Frankreichs Gewerkschaften gegen die umfassende Reformagenda von Präsident und Regierung: Vorzeichen eines „heißen Herbstes“?

*Fortsetzung von Seite 1*

vorzugeben. Er setzt dabei offensichtlich auf seinen immer noch hohen (wenngleich bereits deutlich abnehmenden) Vertrauensbonus bei den Wählern. Die immer noch kopf- und orientierungslose Opposition erleichtert ihm das Geschäft ebenso wie die Mehrheitsdemokratie à la française, in der es kaum wirksame Veto-

spieler wie in Deutschland gibt. Allerdings haben sich derartige scheinbar klare Verhältnisse und komfortable Mehrheiten schon wiederholt als trügerisch erwiesen. Zuletzt scheiterte der Versuch von Premierminister Dominique de Villepin im Frühjahr 2006, eine Änderung der Arbeitsverträge für junge Arbeitssuchende (Contrat Premier Emploi) durch das Parlament

zu peitschen, kläglich am sozialen Protest der Betroffenen.

Nicht zuletzt deshalb hat Sarkozy seine Reformoffensive mit zahlreichen Konsultationsrunden verbunden, die die Kräfte der Zivilgesellschaft, allen voran die Verbände und die Sozialpartner einbinden und ihre Vorschläge aufgreifen sollen

*Fortsetzung Seite 3*

**Reformbaustellen in Frankreich**

Reformfeld	Ziele und Maßnahmen	Verfahren, Zeitplan
Verfassungs- und Institutionenreform	Stärkung des Präsidenten und des Parlaments; begrenzte Dosis Verhältniswahl; Statut der Opposition	Expertenkommission: Bericht bis 1.11.07; Verfassungsreform bis März 2008
Forschung, Bildung	- mehr Geld und Autonomie für Universitäten - Erhöhung der FuE-Ausgaben auf 3% des BIP - steuerliche Forschungsförderung	Hochschulautonomiegesetz Juli 2007; Ausführungsbestimmungen Oktober 2007
Justiz	Erhöhung der Mindeststrafen für Wiederholungstäter	Gesetz verabschiedet im August 2007
Einwanderung	Verschärfung der Einwanderungs- und Familienzuzugsbestimmungen; freiwillige Gentests in strittigen Fällen; vermehrte Abschiebungen illegaler Einwanderer	Einwanderungs-, Integrations- und Asylgesetz in erster Lesung verabschiedet im September 2007
Steuerpolitik	- Steuersenkungen (Einkommens-, Erbschafts-, Vermögenssteuer); Höchstgrenze für alle Steuern: 50% des Einkommens - Steuer- und abgabenfreie Überstundenlöhne  - Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der Senkung der Arbeitgeber-Sozialabgaben	- Steuerpaket verabschiedet: Juli 2007  - Gesetz verabschiedet, in Kraft seit 1.10.07  - In Prüfung; eventuell Erprobung vor genereller Einführung
Soziale Beziehungen	Neubelebung der sozialen Verhandlungen; Konfliktvermeidung und Einführung eines Mindestdienstes bei Streiks im öff. Personenverkehr	Rahmengesetz August 2007; Verhandlungen der Tarifparteien
Arbeit und Beschäftigung	- Arbeitsrecht: Neuer einheitlicher Arbeitsvertrag mit allmählich wachsendem Kündigungsschutz - Lockerung der 35-Stunden-Woche - Überprüfung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst - Arbeitsmarkt: Erhöhung des Arbeitslosengeldes für Niedriglohnpfänger; stärkerer Druck auf Arbeitslose, angebotene Stellen wahrzunehmen - Schaffung einer einheitlichen Arbeitsagentur durch Fusion der ANPE (Arbeitsvermittlung) und der Unedic (Arbeitslosenkasse)	- Verhandlungen der Sozialpartner; Gesetzentwurf Ende 2007  - Arbeits- und Kaufkraftgesetz verabschiedet im Juli 2007  - Gesetzentwurf eingebracht im Oktober 2007
Sozialstaat, Sozialpolitik	- Angleichung der Renten-Sonderregelungen in einzelnen Sektoren an das allgemeine System - Neubau von 500.000 Wohnungen jährlich (davon 120.000 Sozialwohnungen) - Erleichterung des Erwerbs von Wohneigentum	- Verhandlungen im Herbst; Gesetz bis Juni 2008  - Geplant für 2008
Haushalt, Finanzen	Rückführung der öffentlichen Schulden auf 60% des BIP (2012); Senkung der Abgabenquote um vier Prozentpunkte; Begrenzung der Staatsausgaben	Haushaltsgesetz im Herbst 2007
Umwelt	Konzept „nachhaltige Entwicklung“ Besteuerung des CO <sub>2</sub> -Verbrauches; Investitionen in erneuerbare Energien und Nuklearenergie	Umfassende Konsultationsrunden; Aktionsplan Ende Oktober 2007
Öffentlicher Dienst	Einsparung von 50% der freierwerbenden Beamtenstellen, dafür höhere Löhne; Reform des öffentlichen Dienstes	Gilt ab 2008; vier „Konferenzen“ mit den Gewerkschaften (Herbst 2007)

*Quelle: Eigene Zusammenstellung*

# Podiumsdiskussion über Europas Zukunft zur Feier von Robert Pichts 70. Geburtstag

Anlässlich des 70. Geburtstags von Robert Picht, Direktor des dfi von 1972 bis 2002, hatte das Institut am 27. September 2007 zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Im Mittelpunkt stand das Thema, um das sich das Wirken von Robert Picht seit Jahrzehnten dreht, nämlich die Frage: Wie geht es weiter mit Europa? Mehr als 80 Gäste waren aus allen Teilen Deutschlands und aus Frankreich angereist, die Familie, langjährige Wegbegleiter, Freunde und Förderer des Instituts.

Als Geburtstagsgeschenk hat das dfi eine Festschrift mit dem Titel „Europa: Die Zukunft einer Idee“ vorbereitet (vgl. die [Buchvorstellung in dieser Ausgabe](#)), die vom heutigen Institutsdirektor Frank Baasner und von Michael Klett,



Erhielt aus der Hand seines Nachfolgers, Institutsdirektor Professor Frank Baasner (rechts), ein Exemplar der Festschrift „Europa: Die Zukunft einer Idee“: der langjährige dfi-Direktor Professor Robert Picht (links).



Setzen sich kritisch mit der Zukunft Europas auseinander (v.l.n.r.): der stellvertretende dfi-Direktor, Professor Henrik Uterwedde, der frühere französische Botschafter in Deutschland, François Scheer, Verleger Michael Klett und der frühere Institutsdirektor, Professor Robert Picht.

Vorstandsvorsitzender der Klett-Gruppe, herausgegeben wurde. Rund 30 Publizisten, Wissenschaftler und Politiker entwerfen in ganz persönlichen Essays ihre Vorstellungen und Wünsche eines geeinten und gerechten Europas, beschreiben Defizite und Stärken und geben Impulse, wie es weitergehen kann. Auf dem Podium, geleitet vom Jubilar, saßen Michael Klett, Henrik Uterwedde und als Ehrengast François Scheer, der in den 90er Jahren französischer Botschafter in Deutschland war. Pichts Frage nach der Zukunft Europas verband Scheer mit dem Blick zurück: Frankreich und Deutschland haben nach dem Zweiten Weltkrieg versucht, gemeinsam etwas aufzubauen. In diesem Augenblick wurde Europa erfunden, denn Versöhnung war für viele Staaten in Europa notwendig. Was noch in der Rückschau seinen Glanz entfaltet, ist für Scheer heute so nicht mehr da. Die EU-27 ist vielmehr „ein Europa, das wir nicht beherrschen“. Nicht zuletzt

deshalb, weil Frankreich und Deutschland – die beiden Staaten im Herzen Europas – nicht in gleicher Weise von Europa sprächen. Von einer ganz anderen Vorstellung gingen die übrigen Teilnehmer des Podiums aus: Europa ist für viele Menschen, vor allem für die jüngere Generation, längst zur gelebten Realität geworden. Die „Ökonomie fährt in Europa wie der TGV“, stellte Uterwedde fest, denn Europa sei längst eine Wirtschafts- und Interessengemeinschaft. Das gemeinsame deutsch-französische Geschichtsbuch, das die wichtige Zeit nach 1945 behandelt, kam tatsächlich auf den Markt und wurde bereits 50.000 Mal verkauft. Für Verleger Michael Klett verbindet sich damit eine Annäherung in unseren Erinnerungskulturen und der Auftakt einer Debatte, denn, so Baasner in seinem Beitrag zur Festschrift: „Ohne Standpunkt kann man keinen Dialog führen.“

Brigitte Veit [veit@dfi.de](mailto:veit@dfi.de)

## Fortsetzung von Seite 2

– allerdings offenbar innerhalb eng gesetzter Grenzen. So ist ein breites umweltpolitisches Forum eröffnet worden („Grenelle de l’environnement“); die Sozialpartner wurden mit Plänen der Rentenreform und der Einführung von Mindestdiensten im Streikfall konfrontiert; neue Sachverständigenkommissionen zur Vorbereitung von Reformgesetzen wurden gebildet wie die vom früheren Premierminister Edouard Balladur geleitete Kommission zur Institutionenreform oder die vom früheren Mitterrand-Vertrauten Jacques Attali geführte Kommission zur Überwindung der Wachstumshemmnisse. Auch die Öffnung der Regierung für Vertreter der Linken und der Zivilgesellschaft hat die Funktion, mögliche Widerstände gegen die angestrebten Reformen zu neutralisieren.

Deutliche Unterschiede kennzeichnen schließlich die inhaltlichen Schwerpunkte der Reformpolitiken. Die Agenda 2010 folgte einem gemäßigt liberalen Leitbild (mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt, Senkung der Lohnnebenkosten, Konsolidierung der Kosten der Sozialversiche-

rung, neuer Akzent auf Bildung und Forschung) und wurde überdies aufgrund der schlechten Wirtschaftslage überwiegend als Politik sozialer Rückschritte wahrgenommen. Ganz anders Sarkozy: Zwar kann man auch bei ihm Elemente einer liberalen Angebotspolitik erkennen, etwa umfassende Steuer- und Abgabensenkungen, Streichung von Beamtenstellen und Flexibilisierung der Arbeitsverträge. Aber der Präsident hat sich ausdrücklich gegen eine Politik der sozialen Einschnitte gewandt und seine Strukturreformen explizit mit dem Versprechen erhöhter Einkommen gekoppelt. In einem Interview vor der Wahl drückte er es so aus: „Indem man das Arbeitsvolumen ausweitet, erhöht man die Kaufkraft der Beschäftigten, gibt man der Wirtschaft neuen Treibstoff und erreicht man Spielräume, um die Defizite zu reduzieren.“ (Le Monde, 25.4.07) So wird die Aushebelung der 35-Stunden-Woche kostspielig subventioniert: Die Beschäftigten erhalten Überstundenzuschläge, die zudem steuer- und abgabenfrei sind; die Unternehmen werden mit sinkenden Sozialabgaben bedacht. Damit soll die Akzeptanz der

angestrebten Strukturreformen erhöht werden – auf Kosten der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Diesem Ziel dient auch der prononciert colbertistische, auf nationale Identität und Schutz vor der Globalisierung setzende Diskurs des Präsidenten. Die wiederholte scharfe Kritik an der Europäischen Zentralbank, die Forderungen nach Protektion in der EU-Außenhandelspolitik oder auch die politisch betriebene Fusion französischer „Champions“ in Industrie und Energie sorgen in der EU bereits für manchen Konfliktstoff.

Die Auseinandersetzungen im Herbst und Winter werden zeigen, wie glaubwürdig das Dialogangebot an die Sozialpartner ist und wie es sich mit dem zur „one man show“ neigenden Regierungsstil des Präsidenten verträgt. Dann wird sich auch erweisen, wie durchsetzungs-, aber auch überzeugungskräftig der neue Kurs bei umstrittenen Reformvorhaben sein wird. Die eigentliche Nagelprobe, soviel steht fest, hat Nicolas Sarkozy noch vor sich.

Henrik Uterwedde [uterwedde@dfi.de](mailto:uterwedde@dfi.de)

# „Erbfeinde – Erbfreunde“ Ausstellung des dfi in Fellbach eröffnet

Unter dem Titel „Erbfeinde – Erbfreunde. Die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1945 im Spiegel zeitgenössischer Literatur“ hat die Bibliothek des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg mit Unterstützung der in Fellbach ansässigen Eisele-Stiftung eine Ausstellung aus dem Fundus ihrer Bestände ausgerichtet.

Mehr als 120 Gäste waren zur Eröffnung ins Rathaus Fellbach gekommen. Oberbürgermeister Palm begrüßte im Namen der Stadt und der Eisele-Stiftung, durch deren Förderung das Ausstellungsprojekt erst möglich geworden war. Er betonte, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den französischen Partnerstädten für Fellbach seit vielen Jahren ist. Man müsse sich immer wieder bewusst machen, so Christoph Palm, dass die Normalität, mit der wir heute deutsch-französische Partnerschaft pflegen, eigentlich eine absolute Besonderheit ist. Nur wer Geschichte kennt, kann aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen. In seinem Grußwort betonte Generalkonsul Christian Dumon, dass auch heute, in Zeiten der



War Gastgeber der Veranstaltung: der Oberbürgermeister der Stadt Fellbach, Christoph Palm, bei seiner Ansprache.

europäischen Einigung und des sicheren Friedens in Europa, die deutsch-französische Zusammenarbeit immer wieder neu erkämpft werden muss – ein Selbstläufer ist sie auch heute nicht.

Dfi-Direktor Professor Frank Baasner unterstrich ebenfalls, dass die Befriedung des deutsch-französischen Verhältnisses noch lange keine Garantie für erfolgreiche Kooperation

ist: „Heute ist die Kenntnis vom jeweiligen Nachbarland trotz aller Freundschaft nicht besser als vor 100 Jahren.“ Wer die tief greifenden Unterschiede im Staatsverständnis und in den politischen Grundüberzeugungen nicht kennt oder vertuscht, der wird keine gute Politik für Europa machen können, so Baasner weiter.

Die Ausstellung führt mit ästhetisch sehr ansprechenden Schautafeln und reich bestückten Schaukästen durch die wechselvolle Geschichte deutsch-französischer Konflikte und Annäherungen. Die Bibliothek des dfi ist ein bundesweit einmaliges Dokumentationszentrum für die Vielschichtigkeit der Beziehungen zwischen deutscher und französischer Politik, aber auch zwischen den Gesellschaften und den Intellektuellen. Mit dieser Ausstellung wird ein Teil der Bestände einem größeren Publikum zugänglich gemacht.

Eine der Schlüsselbotschaften, die sich aus dieser Ausstellung ergeben, ist folgende: Die Gegenüberstellung der „dunklen“ Vergangenheit mit Konflikten und Kriegen und der „hellen“ jüngeren Geschichte seit 1945 ist so nicht haltbar. Die deutsch-französischen Beziehungen sind gerade durch ein dauerndes Spannungsverhältnis zwischen Faszination und Anziehung einerseits, Misstrauen und Konflikten andererseits gekennzeichnet. Auch in Zeiten der wechselseitigen Anziehung bleiben die Unterschiede in vielen grundlegenden Fragen des Staatsverständnisses, des Politikstils und auch der intellektuellen Prägungen bestehen. Annäherung heißt nicht Homogenisierung – wer dies im Bewusstsein hält, wird in den heutigen Zeiten der friedlichen und freundschaftlichen Kooperation Erfolg haben.

Als besonderen Akzent können die Besucher der Ausstellung die Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend 1962 im Originalton sehen und hören, die der Staatspräsident in deutscher Sprache gehalten hat.

Die Ausstellung ist bis 26.10. im Rathaus Fellbach zu sehen, dann wird sie eine Reise durch Deutschland und Frankreich antreten. Der Ausstellungskatalog liegt in deutscher und bald auch in französischer Sprache vor. Er kann gegen eine Schutzgebühr von 15 Euro inkl. Porto beim dfi bestellt werden, für Schüler und Lehrer 7,50 Euro. Bei Sammelbestellungen bitten wir um Kontaktaufnahme.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)



Eindrücke vom Abend der Ausstellungseröffnung: die Exponate und die erklärenden Schautafeln fanden großen Anklang beim Publikum.



# Französische Nachwuchsjournalisten in Berlin

**Wie kann die Ausbildung von französischen und deutschen Nachwuchsjournalisten stärker international ausgerichtet werden? Kann es darüber hinaus gelingen, ein journalistisches Netzwerk zu schaffen, um die gewonnenen Kontakte im Berufsleben weiter zu pflegen? Mit diesen Fragen war das neue Programm der Robert Bosch Stiftung (vgl. dazu den Bericht in Ausgabe 2/2007) am 1. Juli 2007 in Berlin gestartet, geleitet und organisiert vom dfi und der Journalistenschule von Sciences Politiques Paris. Sieben junge Franzosen hatten eine ganze Arbeitswoche zur Verfügung, um hochrangige Verantwortungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu treffen und im Gespräch ganz unterschiedliche Positionen und politische Lager kennen zu lernen.**

Die Unterschiede zu Frankreich sind beträchtlich. Deutlich wird dies u. a. beim Mediensystem: Berlin ist nicht die Medienhauptstadt. Dies gilt für Rundfunk und Fernsehen und auch für die großen, national bedeutsamen Zeitungen, die – mit Ausnahme der „WELT“ – nicht in Berlin erscheinen. Sie haben ihre Basis in ihrem jeweiligen Bundesland, mit der Folge, dass die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und auch die „Süddeutsche Zeitung“ täglich mehr als zwei Drittel ihrer Auflage an Abonnementskunden in Hessen oder Bayern ausliefern. Nur das verbleibende Drittel wird auf nationaler und internationaler Ebene abgesetzt.

Deutliche Unterschiede konnten die jungen Franzosen auch im politischen System und im Bereich der Arbeitsbeziehungen entdecken. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Kanzlerdemokratie, während die wichtigste Funktion in Frankreich dem Staatspräsidenten zukommt. Die 16 deutschen Bundesländer haben Staatencharakter, und die Parlamentarier verfügen über weit mehr Kompetenzen als in Frankreich. Die Arbeitsbeziehungen zeichnen sich durch ein stark institutionalisiertes System aus, das auf Vermittlung zwischen dem Staat und seinen Bürgern setzt und den Streik nur als letztes



*Gruppenfoto vor dem Gebäude der französischen Botschaft in Berlin.*

Mittel betrachtet. Das Journalistenseminar in der Hauptstadt Berlin erlaubte darüber hinaus einen Rückblick in die deutsche Geschichte, sichtbar demonstriert durch Mauerreste und Brachlandflächen im Zentrum der Stadt, die noch heute an den „Eisernen Vorhang“ und die Teilung der Stadt erinnern. Übrig geblieben aus dieser Zeit sind die Geheimdienstakten der Staatssicherheit, die so genannten „Stasi-Akten“, die die Deutsche Demokratische Republik (DDR) von 1949 bis 1989 über vermeintlich verdächtige Bürger angelegt hatte. Die Akten sind seit Anfang der 90er Jahre in der „Gauck-Behörde“ in Berlin (Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik/BSU) zugänglich. Rund 1,5 Millionen Bürger haben ihre Akten dort eingesehen.

Die deutschen Nachwuchsjournalisten besuchten dann ab dem 16. September Paris (vgl. dazu den folgenden Bericht). Ein gemeinsames Seminar für französische und deutsche Nachwuchsjournalisten ist im Dezember in Straßburg geplant. Dort soll der Grundstein für ein binationales Journalisten-Netzwerk gelegt werden. Ziel wird es sein, im Berufsleben in Kontakt zu bleiben und gemeinsam die Brücke nach Europa zu bauen.

Brigitte Veit [veit@dfi.de](mailto:veit@dfi.de)

## Programmschwerpunkte für die französischen Nachwuchsjournalisten

1. „Deutsches und französisches Mediensystem im Vergleich“, dargestellt von Prof. Philippe Viallon, Universität Genf.
2. Führung durch die „Gauck-Behörde“. Strukturen und Methoden eines fast perfekten Überwachungsstaates werden dabei sichtbar.
3. Gespräch mit Renate Görnert zum Thema „Journalismus in Zeiten der DDR“. Frau Görnert war für „Radio Berlin International“ zu Zeiten der DDR und dann für den „Mitteldeutschen Rundfunk“ nach der Wende als Nachrichtenjournalistin tätig.
4. Besuch im Verlagshaus des „Tagesspiegel“ (Auflage: rund 170.000) und Gespräch mit dem Redaktionsdirektor Gerd Appenzeller.
5. Besuch des ZDF-Hauptstadtstudios.
6. Gespräch mit Jean-Paul Picaper, langjähriger französischer Korrespondent von „Le Figaro“ in Deutschland.
7. Das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland.
8. Gespräch mit Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion.
9. Gespräch mit Dr. Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
10. Besuch einer Regierungspressekonferenz und Gespräch mit Mitgliedern der Bundespressekonferenz (= Vertretung der Hauptstadtjournalisten).



*Probesitzten auf dem Podium der Bundespressekonferenz: Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Programm für französische Nachwuchsjournalisten in Berlin.*

## Deutsche Nachwuchsjournalisten in Paris

Spiegelbildlich zu ihren französischen „homologues“ in Berlin hatten im September 2007 ausgewählte deutsche Nachwuchsjournalisten im Rahmen des Programms der Robert Bosch Stiftung Gelegenheit, bei einem einwöchigen Seminar in Paris hochrangige Vertreter aus Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft zu treffen und ausführliche Gespräche zu führen.

Einführungen zur französischen Medienlandschaft und zur spezifischen Rolle von Kommunikationsagenturen folgten Besuche von Produktionsstätten großer Fernsehanstalten wie TF1 und Direct8. Wie es um die Lage der Grünen ein halbes Jahr vor den französischen Gemeinderatswahlen bestellt ist, wurde mit Dominique Voynet diskutiert, die für „Les Verts“ zu den Präsidentschaftswahlen angetreten ist. Ein anschauliches Stück Gesetzgebung konnte bei der Debatte um die DNA-Tests bei Familienzusammenführungen im Rahmen des neuen Einwanderungsgesetzes in der Nationalversammlung mitverfolgt werden. Das Hin und Her der Annahme und Ablehnung von „amendements“ hat für deutsche Beobachter mehr den Charakter eines Spieles als eines ernsthaften Diskutierens eines bedeutsamen Gegenstandes. Dass der verantwortliche Minister,



Die deutschen Nachwuchsjournalisten in Paris mit dfi-Mitarbeiter Dr. Wolfram Vogel (2. Reihe, links).

Brice Hortefeux, auf starken Widerstand aus der eigenen Partei stößt, wurde in der Abstimmungsphase jedoch mehr als deutlich. Eine eigenständige Sequenz aus Gesprächen und Besuchen war der Banlieue und der sozialen Realität vor Ort gewidmet. Welche Rolle haben soziale Einrichtungen wie die „Maisons de quartier“? Wie wirksam ist die Vermittlungsarbeit so genannter „mères médiatrices“, die bei Familien- und Bandenzwist vermitteln? Sind

für die Unruhen vom Herbst 2005, die medial vielerorts nur oberflächlich durch eine Bilderflut brennender Autos aufbereitet wurden, strukturelle oder konjunkturelle Faktoren verantwortlich? Was vermag die „politique de la ville“ zu leisten? Der Vergleich von wissenschaftlichen Antworten mit jenen eines Polizeikommissars aus der Banlieue führte zu spannenden Diskussionen.

In diesen wie anderen Gesprächen wurde immer wieder deutlich, welche Bedeutung die Wertung eines beobachteten Ereignisses durch die deutsche Brille hat. Ein einzelnes Phänomen – ganz gleich ob es sich um eine Institution, eine Rede, eine politische Entscheidung oder eine Demo handelt – kommt ohne Kontextualisierung nicht aus, will der Journalismus über das bloße Beschreiben eines Phänomens hinausgehen. Die Rolle eines Conseil général für das Département ist beispielsweise für subsidiaritätsverwöhnte Beobachter nicht leicht in das Schema des dezentralisierten Einheitsstaates einzuordnen.

Die Realität ist bekanntlich komplex. Jene des Nachbarlandes treffend abzubilden, ist dabei eine Herausforderung, der sich gerade die nachwachsende Generation von Journalisten annehmen muss. Um die Journalisten für das Nachbarland zu sensibilisieren und für den Umgang mit den Medien praxistauglich zu machen, hat das dfi allen Teilnehmern einen Praktikumsplatz bei Fernsehanstalten, der Presse oder beim Radio vermittelt – ein weiterer Baustein zur Verzahnung deutscher und französischer Medienkontakte.

### dfi am Aufbau einer Virtuellen Fachbibliothek „Romanischer Kulturkreis“ beteiligt

Das dfi ist mit seiner Bibliothek beteiligt am Aufbau einer Virtuellen Fachbibliothek „Romanischer Kulturkreis“. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt wird gemeinsam getragen von der Bayerischen Staatsbibliothek, der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn, der Universitätsbibliothek Mainz und dem dfi. Ein wichtiger Kooperationspartner ist die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg.

Ziel des Projekts ist die Bündelung und bessere Nutzbarmachung elektronischer Ressourcen zu wichtigen Ländern des romanischen Kulturkreises, insbesondere Frankreichs und Italiens. Zu diesem Zweck werden die beteiligten Einrichtungen u. a. ihre elektronischen Kataloge zu einem gemeinsamen elektronischen Katalog zusammenführen, der neue Möglichkeiten der bibliographischen Recherche eröffnet. Geplant ist außerdem

der Aufbau einer umfassenden Datenbank mit wissenschaftlich relevanten Internetressourcen zu Sprache, Kultur, Gesellschaft und Politik Frankreichs und Italiens. Dazu kommen der Aufbau eines Archivs für fachlich relevante, elektronisch verfügbare Volltexte und die Ausweitung und Zusammenführung der Aktivitäten der Projektpartner bei der Verfügbarmachung von online durchsuchbaren Inhaltsverzeichnissen wissenschaftlicher Zeitschriften.

Das so entstehende Angebot wird als eigenständiges, fachspezifisches Portal im Internet zugänglich sein und gleichzeitig in Teilen eingebunden in Vascoda, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der DFG gemeinsam geförderte deutsche Internet-Portal für wissenschaftliche Information aus allen Disziplinen.

Sebastian Nix [✉ nix@dfi.de](mailto:nix@dfi.de)

Wolfram Vogel [✉ vogel@dfi.de](mailto:vogel@dfi.de)

# Französische Journalisten ziehen Bilanz: Zwei Jahre große Koalition in Deutschland

Schwerin und Wismar in Mecklenburg-Vorpommern und die Hauptstadt Berlin waren die Stationen der diesjährigen Informationsreise für Journalisten der großen französischen Regionalzeitungen. Das seit vielen Jahren regelmäßig stattfindende Journalistenseminar der Robert Bosch Stiftung, die Programmplanung und konkrete Durchführung dem dfi übertragen hat, stellte „Wirtschaft und Politik in Deutschland auf den Prüfstand“ und versuchte eine erste Bilanz der Regierung Merkel zu ziehen.

In zahlreichen Interviews mit herausragenden Vertretern der Regierungs- und Oppositionsparteien konnten die französischen Journalisten der regionalen Tagespresse einen differenzierten Eindruck von der aktuellen Situation in Deutschland gewinnen: so bei Gesprächen mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für



*Vermittelten einen lebendigen Eindruck von den Herausforderungen der Globalisierung: Staatssekretär Dr. Bernd Pfaffenbach (Mitte) und Ministerialdirektorin Claudia Dörr (rechts).*

Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, mit Otmar Schreiner von der SPD, ebenso mit den Vertretern der Oppositionsparteien wie dem FDP-Vorsitzenden Dr. Guido Westerwelle und dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dr. Gregor Gysi. Von ganz besonderem Interesse war für die Teilnehmer das Hintergrundgespräch über die nationale und internationale Wirtschaftsentwicklung mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dr.

Bernd Pfaffenbach, zugleich persönlicher Beauftragter der Bundeskanzlerin für die Weltwirtschaftsgipfel der G8-Staaten.

Über die aktuellen Fragen zu Politik und Wirtschaft hinaus konnten die französischen Medienvertreter sich aus erster Hand über den Stand des Einigungsprozesses informieren. Besichtigungen und Gespräche vor Ort zum Strukturwandel von Werften und Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ebenso wie ein längeres Gespräch mit dem Ministerpräsidenten dieses neuen Bundeslandes, Dr. Harald Ringstorff, waren Teil des Programms. Begegnungen mit Schülern und Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Gruppen erweiterten das Spektrum der ausgewählten Gesprächspartner.

Mit Blick auf aktuelle und dauerhafte Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland konnten die französischen Journalisten in diesem knapp einwöchigen Deutschlandaufenthalt deshalb ein umfangreiches und durchaus differenziertes Bild gewinnen.

Wolfgang Neumann [neumann@dfi.de](mailto:neumann@dfi.de)



*Stand den Journalisten Rede und Antwort: der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Harald Ringstorff (Mitte).*

## dfi service

### Neuerscheinung: Europa: Die Zukunft einer Idee

Das geeinte Europa ist längst eine politische Realität. Wie aber kann es mit der Union weitergehen? Welche Chancen bietet sie, welche Visionen verbinden sich mit ihr? 30 namhafte Publizisten, Historiker und Politiker entwerfen ihre ganz persönlichen Wünsche, Visionen und Vorstellungen von einer lebenswerten Zukunft Europas, ganz subjektiv und jeweils aus langer Erfahrung im Umgang mit dem Thema erwachsen.

Mit Beiträgen von Frank Baasner, Ulrich Beck, Hans Manfred Bock, Karl-Heinz Bohrer, Roger

de Weck, Edouard Gaudot, Bronislav Geremek, Sylvie Goulard, Alfred Grosser, Frédéric Hartweg, Wolfgang Huber, Wolfgang Ischinger, Jean-Baptiste Joly, Michael Klett, Ingo Kolboom, Pascale Laborier, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB, Jacques Pateau, François Scheer, Konrad Schily MdB, Hansgerd Schulte, Henning Schulte-Noelle, Jürgen Stähle, Frédéric Stephan, Willi Steul, Rupert Graf Strachwitz, Henrik Uterwedde und Alois Wierlacher.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

*Baasner, Frank/Klett, Michael (Hrsg.): Europa: Die Zukunft einer Idee. – Darmstadt: Wissenschaftliche*

*Buchgesellschaft, 2007. – 406 S., 49,90 Euro. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag (service@wbg-darmstadt.de).*



# Buchvorstellung: Ein Quellen- und Arbeitsbuch zur saarländischen Landesgeschichte



Hudemann, Rainer/  
Heinen, Armin (Hrsg.):  
*Das Saarland zwischen  
Frankreich, Deutsch-  
land und Europa 1945-  
1957: Ein Quellen- und  
Arbeitsbuch. – Saar-  
brücken: Kommission  
für Saarländische  
Landesgeschichte und*

*Volksforschung e. V., 2007. – XII, 676 S. + 1 CD-ROM. 29 Euro.*

*Signatur in der Frankreich-Bibliothek: WB 940.SAA*

Die Geschichte des Saarlandes zwischen 1945 und 1957 ist Gegenstand einer umfangreichen Veröffentlichung der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung e. V. Der Band ist entstanden im Rahmen längerfristiger Forschungsarbeiten am Historischen Institut der Universität des Saarlandes, wobei u. a. auf teilweise noch unerschlossenes Archivmaterial aus Frankreich und Großbritannien zurückgegriffen werden konnte.

Damit liegt genau 50 Jahre nach der (politischen) Rückgliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland eine Publikation vor, in der anhand zahlreicher Quellen – viele davon werden nach Angaben der Herausgeber hier erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht – die besondere Entwicklung des Saarlandes im Spannungsfeld von

nationaler, bilateraler und internationaler Politik nachgezeichnet wird.

Dem im Untertitel proklamierten Anspruch eines „Quellen- und Arbeitsbuches“ wird die Publikationen in mehrerlei Weise gerecht. An eine rund 60 Seiten umfassende, kompakte Einführung in Kernfragen der Entwicklung des Saarlandes – gegliedert in die Kapitel „Die Saarfrage und Frankreich“, „Die bundesdeutsche Saarpolitik“ und „Der saarländische ‚Sonderweg‘“ –, in der zugleich Bezüge zu den präsentierten Quellen hergestellt werden, schließt sich eine detaillierte Chronik der saarländischen Geschichte zwischen 1945 und 1959 (dem Jahr der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik) an. Dann folgen in thematisch-chronologischer Ordnung die eigentlichen Quellentexte. Abgerundet wird der Band durch eine umfangreiche Arbeitsbibliographie, Kurzbiographien wichtiger Persönlichkeiten, die im Zusammenhang mit der Entwicklung des Saarlandes im untersuchten Zeitraum eine Rolle gespielt haben, sowie ein detailliertes Namens-, Orts-, Institutionen- und Firmenregister.

Dem Band liegt außerdem eine CD-ROM bei, auf der die publizistisch-politische Auseinandersetzung im Vorfeld der Volksabstimmung über das Saarstatut im Jahr 1955 dokumentiert wird. Das Statut sah einen europäischen Sonderstatus für das Saarland vor, wurde jedoch

von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Diese Entscheidung führte letztlich zur 1957 politisch und 1959 wirtschaftlich vollzogenen Rückgliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland. Wiewohl die CD-ROM eine nützliche Ergänzung des Bandes darstellt, wäre hier doch – beispielsweise auch mit Blick auf die intendierte Verwendung als Materialgrundlage im Schulunterricht – ein noch umfangreicheres Angebot an Nicht-Text-Materialien wünschenswert gewesen, zumal manche der auf der CD enthaltenen Faksimile-Abbildungen zeitgenössischer Medien (z. B. Zeitungsartikel) schlecht oder gar nicht lesbar sind. Auch finden sich im Textteil des Buches keine Verweise auf die auf der CD-ROM enthaltenen Materialien, so dass beide Medien unverbunden nebeneinander stehen.

Insgesamt jedoch schließt der Band nicht nur eine Lücke in der Erforschung der Geschichte eines Bundeslandes, sondern gewährt auch spannende Einblicke in ein besonderes Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen und der europäischen Geschichte.

Sebastian Nix [✉ nix@dfi.de](mailto:nix@dfi.de)

## Neu: Ausstellungendokumentation „Erbfeinde – Erbfreunde“

Die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1945, eine Epoche großer Belastungen für das Verhältnis zwischen beiden Ländern, stehen im Mittelpunkt eines Ausstellungsprojekts (vgl. den [Bericht in dieser Ausgabe](#)) des dfi.

Begleitend zu dieser Ausstellung ist eine reich bebilderte Dokumentation erschienen. Am Beispiel zahlreicher Faksimile-Abbildungen und Zitate aus zeitgenössischen Publikationen wird dargestellt, wie man dies- und jenseits des Rheins den jeweiligen Nachbarn in einer Zeit sah, die geprägt war durch drei große kriegerische Auseinandersetzungen, aber auch durch wiederholte Bemühungen um Aussöhnung zwischen beiden Völkern.

Die Dokumentation kann direkt beim Deutsch-Französischen Institut [✉ bestellt](#) werden.

Sebastian Nix [✉ nix@dfi.de](mailto:nix@dfi.de)

*Erbfeinde – Erbfreunde: die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1945 im Spiegel zeitgenössischer Literatur; eine Ausstellung des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg. Konzeption der Ausstellung: Franziska Lay et al. – Ludwigsburg:*



*Deutsch-Französisches Institut, 2007. – 93 S., 15 Euro (Schüler und Lehrer: 7,50 Euro).*

### Termine

#### 15.–17. November

6. Deutsch-Französische Kulturgespräche „Zeitenwende. Wertewandel in Deutschland und Frankreich“: dfi als Projektpartner der Stadt Freiburg und des Frankreich-Zentrums der Universität; Freiburg

#### 7. Dezember

dfi-Mitgliederversammlung und Vortragsveranstaltung; Ludwigsburg

Hannelore Braun [✉ braun@dfi.de](mailto:braun@dfi.de)

### Impressum

Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Tel +49 (0)7141 93 03 0  
Fax +49 (0)7141 93 03 50  
[✉ www.dfi.de](http://www.dfi.de)  
[✉ info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)  
Redaktion: Sebastian Nix  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Prof. Dr. Frank Baasner